

13.01.2026

Das Urteil im Prozess gegen Gustavo Gatica bestätigt die anhaltende Straflosigkeit in Chile

Am 13. Januar 2026 hat das Vierte Strafgericht von Santiago in seinem Urteil den ehemaligen Kommandanten der Carabineros freigesprochen, der wegen schwerer Verletzungen von Gustavo Gatica angeklagt war. Dieser hatte durch den Aufprall von Schrotkugeln während einer Demonstration im Rahmen der sozialen Unruhen im Oktober 2019 das Augenlicht auf beiden Augen verloren.

Das Gericht kam zu dem Schluss, dass auf der Grundlage der vorgelegten Beweise nachgewiesen ist, dass der ehemalige Beamte der Urheber der Erblindung von Gustavo Gatica war. Der Angeklagte wurde jedoch aufgrund der Anwendung des Naín-Retamal-Gesetzes freigesprochen, sowohl hinsichtlich der Voraussetzung der „Nichteinhaltung interner Vorschriften“ für das Vorliegen des Straftatbestands der unrechtmäßigen Nötigung als auch hinsichtlich der Anwendung der „privilegierten Notwehr“ zugunsten des Angeklagten.

„Es gibt klare und eindeutige Beweise dafür, dass der Täter, der Gustavo Gatica durch Schüsse blind gemacht hat, der ehemalige Kommandant der Carabineros ist, der in diesem Prozess auf der Anklagebank sitzt. Dies ist durch die vorgelegten Videos bewiesen und eindeutig, ein unwiderlegbarer Beweis für die Tatsachen, der von den Richtern des Gerichts bestätigt wurde“, erklärt und bekräftigt Rodrigo Bustos Bottai, Direktor von Amnesty International Chile.

Amnesty International ist besorgt über die Straflosigkeit, die in Bezug auf die Tausenden von Opfern der sozialen Unruhen herrscht. In Chile haben von den 11.506 Anzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen, die zwischen dem 18. Oktober 2019 und dem 31. März 2020 bei der Staatsanwaltschaft eingereicht wurden, nur 1,9 % zu einer Verurteilung geführt, was ein Szenario struktureller Straflosigkeit darstellt.

„Straflosigkeit ist immer ein schlechtes Zeichen. Wir umarmen Gustavo und seine Familie an diesem Tag und bedauern, erneut eine unvollständige Gerechtigkeit in Bezug auf die schweren Menschenrechtsverletzungen zu beobachten, die während der sozialen Unruhen durch Staatsbeamte*innen begangen wurden. Es kann nicht sein, dass Menschen ihr Augenlicht verlieren, weil sie gegen Ungerechtigkeiten protestieren. Es waren viele Jahre des Kampfes und des Wartens, mit einer mühsamen Untersuchung: Sechs Jahre nach den Ereignissen ist der chilenische Staat weiterhin seiner Pflicht zur Gerechtigkeit und zur umfassenden Wiedergutmachung für die Opfer nicht nachgekommen“, erklärt Rodrigo Bustos Bottai, Direktor von Amnesty International Chile.

In diesem Fall wurde das im April 2023 verabschiedete Gesetz Naín Retamal von der Verteidigung des Angeklagten angewendet. Dieses Gesetz in seiner derzeitigen Form legitimiert eine unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt, verstößt gegen die Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit und führt zu Missbrauch und

Straflosigkeit. „**Wie wir bereits 2023 erwähnt haben, kann der in diesem Gesetz enthaltene Grund der Selbstverteidigung die Ausübung der Rechtsgarantien für Opfer von Menschenrechtsverletzungen, wie im Fall von Gustavo, einschränken, da der Wortlaut der Vorschrift sehr vage ist und die subjektive Interpretation der an den Ereignissen beteiligten Beamt*innen privilegiert. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Gesetz Naín-Retamal nicht nur diejenigen, die demonstrieren, nicht schützt, sondern auch die Ausübung des Protests kriminalisiert, indem es ein korrektes Handeln der Polizei und ein falsches Handeln der Demonstrant*innen voraussetzt. Wir haben vor Monaten davor gewarnt: Dieses Gesetz kann Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen bedeuten, und leider ist dies auch so gekommen**“, erklärt Rodrigo Bustos.

„Der chilenische Staat zeigt damit einmal mehr die große Straflosigkeit, die er mit missbräuchlichen Gesetzen geschaffen hat, die die Ungleichheit im Land nur noch verstärken. Wir bedauern zutiefst die gravierenden Rückschritte, die dies für Menschen bedeuten kann, die ihr Recht auf friedliche Demonstrationen und Proteste wahrnehmen wollen. **Wir haben es in unserem Bericht „Ojos sobre Chile“ (Augen auf Chile) gesagt und wiederholen es noch einmal: Um der derzeitigen Situation des unverhältnismäßigen Einsatzes von Gewalt durch Staatsbeamt*innen entgegenzuwirken, ist eine strukturelle Reform der Carabineros dringend erforderlich, die der Ausbildung ihrer Beamt*innen sowie der Notwendigkeit von mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht Vorrang einräumt.** Ohne dies würden wir nur eine Wunde flicken, die seit Jahrzehnten offen ist und auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien für die Nichtwiederholung für Tausende von Opfern von gestern und heute wartet.“

Amnesty International hofft, dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen fortsetzt, um die Verantwortlichen zu ermitteln, die durch Unterlassung und/oder mangelnde Kontrolle der ihnen unterstellten Polizeikräfte den Angriff auf Gustavo Gatica und Tausende weitere Opfer in diesem Zeitraum ermöglicht haben. „*Die Anklage gegen hochrangige Beamte (Oktober 2024) war ein wertvoller Präzedenzfall für andere Länder der Region, vor allem aber für Chile und die Opfer von Polizeigewalt. Sie hat gezeigt, dass es möglich ist, nicht nur diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die den Abzug betätigt haben, sondern vor allem auch diejenigen, die es versäumt haben, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das wahllose Schießen auf Demonstrant*innen zu verhindern. Die laufenden strafrechtlichen Ermittlungen könnten einen historischen Präzedenzfall für Chile, die Region und die Welt darstellen. Wir werden den Abschluss der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft weiterhin aufmerksam verfolgen*“, erklärt Rodrigo Bustos Bottai, Direktor von Amnesty International Chile.

„*Es ist dringend notwendig, die Anwendung von Gewalt in Chile durch ein Gesetz zu regeln, das den internationalen Menschenrechtsstandards entspricht, d. h. es muss Verhältnismäßigkeit, Gradualität und strenge Beschränkungen für die Anwendung tödlicher Gewalt sowie wirksame Mechanismen der Rechenschaftspflicht und unabhängige*

Überwachung gewährleisten; das Fehlen dieser Elemente gefährdet grundlegende Rechte“, fährt Rodrigo Bustos Bottai fort.

Die Organisation wird die Begründung des Urteils und die verhängten Strafen aufmerksam verfolgen und hofft, dass diese in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere des verursachten Schadens stehen.

Weitere Informationen:

Am 8. November 2019 nahm Gustavo Gatica an einer Demonstration im Rahmen der sozialen Unruhen gegen die zunehmende Ungleichheit teil, die als Beispiel für die Macht des Volkes weltweit Aufmerksamkeit erregten.

Die Polizei ging jedoch gewaltsam gegen diese Demonstration und viele andere vor und schoss wahllos mit Schrotflinten auf die Demonstrant*innen. Die Schrotflinten waren mit gummibeschichteten Metallkugeln geladen, was gegen internationale Normen zum Einsatz von Gewalt verstößt. Gustavo wurde durch Schrotkugeln an beiden Augen verletzt und erlitt einen dauerhaften und irreversiblen vollständigen Verlust seines Sehvermögens.

Amnesty International hat die Ermittlungen im Fall Gustavo als Beobachterin in mehreren Verhandlungssitzungen verfolgt und mit Kampagnen begleitet, um auf die schweren Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, die gegen ihn begangen wurden. Amnesty International führte eine eingehende Untersuchung durch, die die schweren Verstöße während der sozialen Unruhen von 2019 aufdeckte und zu dem Bericht „Ojos sobre Chile“ (Augen auf Chile) führte, in dem der Fall von Gustavo und vielen anderen Opfern erwähnt wird. Im Jahr 2021 sammelte Amnesty International mehr als 200.000 Unterschriften von Menschen aus aller Welt, um eine umfassende Untersuchung zu fordern. Gustavo war auch Teil der globalen Kampagnen „Escribe por los derechos“ (Briefmarathon) und „Calles con memoria“ (Straßen mit Erinnerung) sowie zahlreicher Veranstaltungen und Treffen mit Berichtersteller*innen der Vereinten Nationen und Bürger*innen.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe. Verbindlich ist das Original:

© [El veredicto en el juicio de Gustavo Gatica confirma la persistencia de la impunidad en Chile - Amnistía Internacional Chile](#),